



Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 12. November 2013

Vorlagen-Nr. 13-F-07-0003

Bürgerbeteiligung in Wiesbaden

**- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 10.06.2013 -
Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 12.09.2013**

Einige deutsche Städte wie Heidelberg und Leipzig haben Leitlinien zur Bürgerbeteiligung bei städtischen Projekten entwickelt, in denen es allerdings hauptsächlich um Beratung, nicht um Mitbestimmung geht. In Wiesbaden scheinen die verschiedensten Auffassungen zu bestehen, wie Bürgerbeteiligung aussehen sollte. Die praktischen Erfolge sind überschaubar, vor allem wird das Problem nicht gelöst, wie mit starkem Widerstand gegen ein Projekt in der Bevölkerung umgegangen werden kann (z.B. Stadtbahn, Stadtmuseum, Windräder auf dem Taunuskamm). Hier besteht Klärungsbedarf, effektive Organisationsformen für Bürgerbeteiligung müßten erarbeitet werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, eine Arbeitsgruppe einzuberufen mit dem Auftrag, Leitlinien für Bürgerbeteiligung bei Großprojekten zu entwickeln. In dem Arbeitskreis sollten gleichberechtigt Vertreter der kritischen Bürgerschaft mitwirken. Unter anderem wären Antworten zu folgenden Fragen zu finden:

1. Wie können Bürger rechtzeitig in Planungen eingebunden werden, das heißt zu einem Zeitpunkt, wo noch Alternativen möglich sind und keine Entscheidungen getroffen wurden?
2. Welche Vorgaben für Bürgerbeteiligung innerhalb der geltenden Gesetze (z.B. Baugesetzbuch) bestehen und wie können sie am besten genutzt werden?
3. Welche juristischen Komplikationen kann es bei einer Bürgerbeteiligung geben?
4. Welche Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung bestehen bei einem städtebaulichen oder architektonischen Wettbewerb?
5. Sollten Bürgerbefragungen bei der Bürgerbeteiligung eine Rolle spielen, und wenn ja, in welcher Form?
6. Wie stellt sich die Verwaltung zu dem Instrument Bürgerbegehren?
7. Ist es sinnvoll, bei den Landesspolitikern darauf hinzuwirken, daß auch Hessen wie andere Bundesländer ein sogenanntes Ratsbegehren einführt?

Beschluss Nr. 0101

Der Antrag der Bürgerliste Wiesbaden vom 10.06.2013 betr.

Bürgerbeteiligung in Wiesbaden

hat durch die Annahme des gem. Antrag von CDU und SPD vom 06.11.2013 zu diesem Thema im Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration (13-F-33-0096 - Beschluss Nr. 099) seine Erledigung gefunden.

Tagesordnung

Wiesbaden, .11.2013

Spallek
Vorsitzender